



BBU-Pressemitteilung
28.11.2016

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Bundesregierung soll sich für die Stillung der Schweizer Atomkraftwerke einsetzen

(Bern, Bonn, 28.11.2016) Nach der Volksabstimmung in der Schweiz zum Thema Atomausstieg fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von der Bundesregierung in Berlin deutliche Handlungsstrategien gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke (AKW) in der Schweiz. Der BBU solidarisiert sich zudem mit der Anti-Atomkraft-Bewegung in der Schweiz und wünscht ihr Durchhaltevermögen für das weitere Engagement gegen die Atomindustrie. In der Vergangenheit hatte sich der BBU wiederholt gegen den Weiterbetrieb der AKW in der Schweiz ausgesprochen.

Die insgesamt fünf Atomreaktoren in der Schweiz zählen weltweit zu den ältesten Atomkraftwerken. Alle gingen bereits vor der Atomkatastrophe in Tschernobyl in Betrieb. Die Reaktoren am Standort Beznau gingen 1969 bzw. 1971 in Betrieb, das AKW Mühleberg ebenfalls 1971. Es folgten 1979 das AKW Gösgen und 1984 das AKW Leibstadt.

Nach Auffassung des BBU muss die Bundesregierung ihre politischen und juristischen Handlungsspielräume ausloten. Dazu gehört auch die gemeinsame Prüfung mit den Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover, ob und welche Atomkraftwerke in der Schweiz aktuell mit Lieferungen der Uranfabriken in Gronau (Nordrhein-Westfalen) und / oder Lingen (Niedersachsen) betrieben werden. Derartige Exporte können und müssen von der Bundesregierung und den zuständigen Landesregierungen unterbunden werden. Der Betreiber des AKW Gösgen hatte 2014 bekannt gegeben, dass er angereichertes Uran vom Urenco-Konzern bezieht, der auch die Urananreicherungsanlage in Gronau betreibt.

<http://www.srf.ch/news/regional/aargau-solothurn/akw-goesgen-bezieht-uran-neu-aus-kanada-statt-aus-russland>

Über die Atomkraftwerke in der Schweiz schreibt die Schweizerische Energie-Stiftung (SES): „Sowohl Kraftwerke des Typs Mühlebergs als auch von Beznau wurden im Ausland längst ausrangiert. Nach dem Unfall in Fukushima haben Bundesrat, National- und Ständerat den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Die Neubaupläne der Stromwirtschaft wurden damit beerdigt. Die Gesetzesgrundlage dazu wird derzeit in der Energiestrategie 2050 des Bundes durch das Parlament verabschiedet. Wann die Schweizer Uralt-Reaktoren vom Netz gehen werden bleibt aber unklar.“

<http://www.energiestiftung.ch/atomenergie.html>

Der BBU fordert angesichts der generellen Gefahren, die mit dem Betrieb von Atomkraftwerken und sonstigen Artomanlagen verbunden sind, die sofortige Stilllegung aller AKW und Atomfabriken in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und anderswo. Der BBU ruft die Bevölkerung dazu auf, das internationale Engagement des BBU für eine umweltverträgliche Energieversorgung zu unterstützen.

Weitere Informationen zu den Gefahren der AKW in der Schweiz:

<https://www.geordneter-atomausstieg-ja.ch/de/>

<http://www.menschenstrom.ch/>

<http://www.fokusantiatom.ch/>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.